

die Einzelgänger entweder, wie es gestern schon sehr richtig gesagt wurde, auf den richtigen Weg zurückführen, oder aber sie haben sich beim Beitritt in die Partei geirrt. (Zustimmung.)

Daß bei der Arbeit in der Verwaltung die Gefahr des Opportunismus groß ist, ist bekannt; denn in der Verwaltung gilt es,, praktische Arbeit zu leisten, die ein Spiegelbild der in der Partei wirksamen Kräfte darstellt. Woran messen wir unter anderem die Stärke und den Einfluß der Partei? An den Wahlergebnissen, an der praktischen Arbeit, an der Initiative unserer Fraktionen in den Selbstverwaltungskörperschaften. So muß in den Verwaltungen die neue kämpferische Demokratie gesichert werden, und der Kampf gegen die jetzt wieder sich regende Bürokratie ist energisch zu führen. Versuchen gegenüber, den neuen antifaschistischen Kräften sogenannte Fachleute der Verwaltung beizugeben und auf dem Umwege über Verwaltungsdirektoren und Sjmndizi auf die Verwaltung Einfluß zu nehmen, muß die Partei sehr wachsam sein. Jawohl, wir sind für Fachleute auch in den Verwaltungen, aber nicht zu dem Zweck, um dort eine reaktionäre Politik zu infiltrieren.

Einige Worte zur Blockpolitik! Wir, die wir draußen täglich gezwungen sind, mit den beiden anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien praktisch zusammenzuarbeiten, können in der letzten Zeit l'eststellen, daß Versuche gemacht werden, sich von der bisher erfolgreichen Blockpolitik, vorsichtig ausgedrückt, zu distanzieren. Dagegen gilt es, die fortschrittlichen Kräfte in den anderen Parteien zu mobilisieren, sie von den wenigen führenden Kräften dieser Parteien zu trennen, die da glauben, die Zeit sei gekommen, um das Fundament der gemeinsamen Arbeit zu erschüttern. Mit Recht stellt der Bericht des Parteivorstandes fest, daß die Tätigkeit der Partei mehr denn je darauf gerichtet sein muß, die Verbindung mit den breiten Massen enger zu knüpfen, durch Veranstaltung von Versammlungen mit Rechenschaftsberichten der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, ihr Urteil über die Tätigkeit der Parteifunktionäre abzugeben.

Zum Schluß gestatten Sie mir, sehr geschätzte Genossinnen und Genossen, noch einige Worte zur Frage der kommunalen Wirtschaft zu sagen. Die einzelnen Verfassungen der Länder schreiben eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden und der kommunalen Verbände vor. Es ist richtig, wenn auf der großen kommunalpolitischen Konferenz in Dresden am 1. April 1947 festgestellt wurde, daß die Wirtschaftsbetriebe und -anstalten aus dem Haushalt herauszunehmen, sind, und daß die Kommunalbetriebe zu Körperschaften des öffent -